

Herrn Oberbürgermeister
Ullrich Sierau
- per E-Mail -

nachrichtlich:

Fraktionen im Rat der Stadt Dortmund /
sozialpolitisch Verantwortliche der Fraktionen

Geschäftsführung

Willehad Rensmann

Möllerstraße 15
44137 Dortmund
Fon 02 31-188 87-70
Fax 02 31-188 87-69

rensmann@aidshilfe-dortmund.de
www.aidshilfe-dortmund.de

Dortmund, 30.03.2010

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Sierau,
sehr geehrte politisch Verantwortlichen,

mit Besorgnis beobachtet die aidshilfe dortmund die öffentliche Debatte um „die“ Dortmunder Nordstadt sowie die sich abzeichnenden politischen Entscheidungen.

Wir nehmen das zum Anlass, Ihnen in aller Kürze unsere fachliche Position zu vermitteln in der Hoffnung, einen konstruktiven Beitrag zu einer differenzierteren, rationaleren und zielorientierteren Diskussion leisten zu können.

Den Weg über eine öffentliche Stellungnahme vermeiden wir – aus eben diesem Anliegen – bewusst, stehen aber natürlich für kritische Anmerkungen oder eine weitergehende Erörterung gerne zur Verfügung.

Im Einzelnen möchten wir folgende Punkte kritisch anführen:

- Die „holzschnittartige“ Auseinandersetzung, wie sie zumindest in der Presse wiedergegeben wird und damit für die öffentliche Wahrnehmung und Meinungsbildung maßgeblich ist, suggeriert einfache Erklärungs- und Lösungsmuster, wo unseres Erachtens eine differenzierte Betrachtungsweise nötig ist. Die generellen Folgen:

Büro

Montag – Freitag
8.00 – 12.00 Uhr

Bank

Sparkasse Dortmund
BLZ 440 501 99
KTO 131 011 326

Mitgliedschaften

Paritätischer Wohlfahrtsverband
Deutsche AIDS-Hilfe (DAH)

- Ungeachtet der komplexen Ursachen und Wirkzusammenhänge werden „die“ sozialen Randgruppen pauschal als Problemgruppe definiert, der dann entsprechend mit eindimensionalen Maßnahmen begegnet werden kann.
Das entspricht nicht der Realität und wird dazu führen, dass einseitig und ausschließlich repressive Maßnahmen selbst im Hinblick auf die Verbesserung des subjektiven Bedrohungsgefühls der Bürger langfristig nicht zielführend sein werden. Die bloße Negierung von Wirklichkeit wird diese nicht nachhaltig verändern.
- Das bewährte „Dortmunder Modell“, also die viele Jahre erfolgreich und konstruktiv praktizierte Kombination von „repressiven“ mit unterstützenden, „helfenden“ Ansätzen mit einem hohen Konsens zwischen den unterschiedlichen Akteuren gerät in eine dramatische Schieflage.
Wir befürchten hier nicht nur kurzfristig negative Auswirkungen (s. u.), sondern auch eine grundsätzliche Veränderung der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um soziale Randgruppen.
Wir befürchten ein Klima, in dem repressive und diskriminierende Maßnahmen gegenüber integrierenden, akzeptierenden Ansätzen massiv überwiegen und eine Entwicklung zu immer restriktiverem Eingreifen entsteht. Damit geraten per se die vielen effizienten und effektiven Hilfeangebote in Dortmund in die Defensive – von den Betroffenen ganz zu schweigen.
Weitere Ausgrenzungen, etwa von Alkohol- oder Drogenabhängigen, die auch für das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger langfristig kontraproduktiv sein werden, stehen zu befürchten.
- Ausschließlich repressive Maßnahmen, wie sie etwa für den „Straßenstrich“ geplant sind, konterkarieren die gesundheitsfördernden Ziele der Hilfeeinrichtungen in hohem Maße. Die Beratungsstelle KOBBER hat das dargestellt, wir registrieren schon jetzt (!) für die Gruppe der männlichen Prostituierten Besorgnis erregende Tendenzen:
Unsere Streetworker des „Stricherprojektes Neonlicht“ versorgten bis vor einigen Wochen die rund 300 Stricher und Callboys in Dortmund regelmäßig mit Informationsmaterialien zu safer-sex/Infektionskrankheiten sowie mit Kondomen.
Der Hintergrund: Die jungen Männer gehen aus Unwissenheit und sozialer Not enorme Gesundheitsrisiken (z. B. hinsichtlich HIV/Aids) ein, laut „Stricherstudie östliches Ruhrgebiet“ entstehen so alljährlich etwa 100.000 äußerst risikobehaftete Sexualkontakte. Die Freier sind dabei nicht zuletzt vielfach „normale“ Ehemän-

ner und Familienväter, die auf diese Weise homo-/bisexuelle Neigungen im Verborgenen ausleben.

Seit repressive Maßnahmen auch auf diese Szene Auswirkungen haben, treffen unsere Mitarbeiter an den einschlägigen Orten und Szenetreffpunkten kaum noch Stricher und Freier an.

Selbstverständlich sind weder diese Männer noch deren „Bedürfnisse“ durch den Kontrolldruck „verschwunden“, sondern entstehen neue, ggf. auch kurzfristig weniger sichtbare Strukturen – etwa verlagern sich Kontaktpunktionen noch mehr an anonyme Orte, z. B. einschlägige Internetportale.

Mag dies ordnungspolitisch gewollt und zielführend sein, so sind die gesundheitspolitischen Folgen verheerend: Mühsam aufgebaute Präventionsstrukturen und persönliche Kontakte werden zerschlagen, Stricher und Freier sind für Aufklärung und praktische Gesundheitsvorsorge faktisch nicht mehr erreichbar. Dass auch weitere Ziele wie die Unterstützung der sozialen Integration damit verhindert werden, soll hier nicht weiter ausgeführt werden.

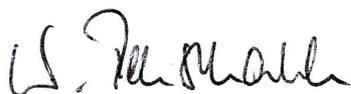
Dieses Beispiel ließe sich auf eine Vielzahl von Gruppen und Projekten, die in dieser Massierung für die Nordstadt zweifelsfrei problematisch sind, in ähnlicher Weise übertragen.

Wir möchten Sie daher ermutigen, die gesamte Debatte nochmals differenziert zu führen – was sicherlich sehr viel aufwändiger und mit vielen Auseinandersetzungen verbunden sein wird.

Unserer Meinung nach ist es jedoch ein zentraler Auftrag von Politik, unterschiedliche und teils gegensätzliche Interessen gegeneinander abzuwägen. Die Gefahr, nach sorgfältiger Abwägung ggf. unpopuläre Maßnahmen treffen zu müssen, darf nicht dazu führen, einen solchen Prozess von vorneherein auszuschließen.

Wohl wissend, dass die aktuelle Diskussion gerade an Pauschalierungen und Verkürzungen krankt, stehen wir für einen ausführlicheren Beitrag gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Willehad Rensmann

- Geschäftsführer -